Proteststreik für Rettung Bartls!

Gewerkschaftsversammlung gegen das Chemnitzer Bluturteil. Verstärkt den Proteststurm in Betrieb und Gewerkschaft!

Ehrenfriedersdorf, 26. November.

Die Belegschaft der Textilfabrik „Stam" in Ehrenfriedersdorf streikte gestern 10 Minuten zum Zeichen des Protestes gegen das Chemnitzer Todesurteil. In einer einstimmig angenommenen Protestresolution wurde gleichzeitig gegen den Raub der Rechte der politischen Gefangenen protestiert und deren Amnestierung gefordert.

Die **Belegschaft des Straßenbahnhofes Dresden-Reick** zeichnete sich innerhalb zwei Tagen zu 60 Prozent in Protestlisten ein, wobei zu beachten ist, daß es schwer ist, infolge der komplizierten Arbeitsverhältnisse alle Arbeiter zu erfassen. Die Belegschaft sandte eine Delegation mit dem Protest an das Justizministerium.

Weiter wurden Protestresolutionen von der Belegschaft des „freiwilligen" Arbeitsdienstes Lichtenberg, von der Belegschaft der Baufirma Lippmann, Lichtenberg, Meurer, Dresden, Straßenbaustelle Wabis, Waggonfabrik Bautzen, Gesamtbelegschaft der Gas- und Stromverwaltung Hohenstein-E., Fürsorgebaustelle Kappler Hang, Chemnitz, Seifert u. Donner, Chemnitz, Seifenschmidt, Dobeln, Firma Förster, Niederzwönitz, angenommen.

Gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen für Aufhebung des Todesurteiles

In der Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner in Heidenau wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung am 23. 11. d. J. des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Heidenau, protestiert gegen das zu Unrecht gefällte Chemnitzer Todesurteil gegen den Antifaschisten Bartl. Die Mitgliederversammlung fordert die Aufhebung des Todesurteils und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen."

Von der Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes Einsiedel wurde einstimmig folgender Protest angenommen und dem Bevollmächtigten Sigmund vom VdFD zur Weiterleitung an Rechtsanwalt Berlett übergeben:

„Die Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Einsiedel erheben schärfsten Protest gegen das vom Schwurgericht Chemnitz gegen den Arbeiter Bartl gefällte Klassenurteil. Sie fordern, alle Kräfte einzusetzen für Aufhebung dieses Schreckensurteiles und für Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen."

Am Donnerstag fand im Bürgergarten, Dresden-Löbtau, eine überfüllte Genossenschaftsversammlung statt, zu der noch eine Parallelversammlung durchgeführt wurde. **1500 Genossenschafter** faßten einstimmig folgende Protestentschließung:

„Die überfüllte Mitgliederversammlung der Verteilungsstellen Löbtau und Naußlitz des Konsumvereins „Vorwärts" erhebt flammenden Protest gegen das Todesurteil gegen den Chemnitzer Antifaschisten Bartl und fordert dessen sofortige Freilassung."

Aus der großen Zahl der weiteren Massenproteste greifen wir heraus: Am Wohlfahrtsamt Bautzen wurden bis Freitag 700 Protestunterschriften gesammelt. Protestresolutionen mit 150 Unterschriften sandten die Ortsgruppe Hänichen der KPD, RH und IAH an das Justizministerium. Entschließungen gegen das Bluturteil wurden weiter angenommen vom Zittauer Verein Hilfsbedürftiger, vom Arbeiter-Sport- und -Kulturkartell Niederoderwitz, vom Volksbund für Mutterschutz, Wehrsdorf, vom Arbeitersportverein Cunewalde, vom Erwerbslosenausschuß Cunewalde.

Die sozialfaschistische Presse Sachsens überschlägt sich in Beschimpfungen der Kommunisten, denen demagogische Agitation mit dem Antifaschisten Bartl vorgeworfen wird. Aber alle diese Massenproteste aus Betrieben, aus den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen, von den Stempelstellen und aus den Arbeiterorganisationen, sind nur durch die Massenmobilisierung durch die Kommunistische Partei zustande gekommen, während die Sozialfaschisten den Proteststurm abdämpfen und die Arbeiterschaft auf den „Gnadenweg" verweisen wollen, wie das die Dresdner Volkszeitung tut. Das ist gleichbedeutend mit der Auslieferung Bartls an den Henker, denn nur die Massenaktionen aller Arbeiterschichten werden die Bourgeoisie zwingen können, das Todesurteil aufzuheben. Deshalb sind auch die Kommunisten die einzigen Führer im Kampfe gegen das Chemnitzer Bluturteil, gegen Klassenjustiz und faschistische Diktatur. Sie rufen den Arbeitern zu: Steigert den Massensturm zur Rettung Bartls vor dem Henker!

Streikbeschlüsse in Leipzig

In einer von der RGO einberufenen Versammlung des Betriebes Meier und Weichelt, Leipzig-Lindenau, zwecks Stellungnahme zum Ablauf des Lohnabkommens am 30. November wurde beschlossen, sofort den Kampf zu organisieren gegen jeden Versuch, die Hungerlöhne weiterbestehen zu lassen oder gar zu senken. Die Versammlung wählte einen vorbereitenden Kampfausschuß, der sofort seine Arbeit aufnimmt.

Der Beschluß der Belegschaft von Meier und Weichelt ist ein Alarmsignal für alle Arbeiter Sachsens, ebenfalls mit den Kampfmaßnahmen zu beginnen, um im entscheidenden Moment schlagfertig zu sein.

Die Belegschaften der Metallbetriebe dürfen sich durch das von der DMV-Bürokratie eingeleitete Manöver: Wiederherstellung des Lohnes nach dem Stand vor dem 4. Juli 1932 — nicht irremachen lassen, sondern sich darüber klar sein, daß damit lediglich eine Vernebelung der Mitgliedermassen beabsichtigt ist.

Wiederherstellung des Lohnes nach dem Stand vor dem 4. Juli, jawohl. Aber Durchführung dieser Forderung mit allen Mitteln, und heute schon offen aussprechen: mit dem Mittel des Streiks. Die Metallindustriellen wollen den jetzigen Lohn beibehalten, haben also die Forderung des DMV bereits abgelehnt.

Jetzt haben die Betriebe das Wort!

Keine Stunde gilt es mehr zu versäumen. Folgt dem Beispiel von Meier und Weichelt. Wählt überall Kampfausschüsse. Faßt Streikbeschlüsse! Erkämpft euch einen höheren Lohn!

Siegreicher Steinarbeiterstreik in Pegau

In Diebesgrund bei Pegau, wo ein Straßenbau als „Notstandsarbeit" durchgeführt werden sollte, weigerte sich die Belegschaft unter den Lohnsätzen, wie das der Unternehmer forderte, zu arbeiten. **Nach eintägigem Streik sah sich der Unternehmer gezwungen, die Forderung der Belegschaft zu bewilligen.** Es wird jetzt der volle Tariflohn und für die von auswärts Kommenden noch das Fahrgeld zur Baustelle gezahlt.

Wieder ein Beispiel mehr, daß es möglich ist, nicht nur Lohnraubforderungen abzuwehren, sondern darüber hinaus Lohnerhöhungen zu erkämpfen.

Lohnabbauangriff zurückgeschlagen

In der Lederfabrik Schwabe, Pegau, versuchte die Betriebsleitung, die ohnehin niedrigen Akkordpreise und -löhne noch weiter zu drücken durch Abbau der Löhne für die 31. bis 40. Stunde. **Die Belegschaft nahm sofort dagegen Stellung, faßte einen Streikbeschluß und erreichte so die Weiterzahlung des alten Lohnes.**

Auch hier machte der geschlossene Widerstand der Arbeiter den Anschlag des Unternehmers zunichte.

Gemeindeausschußwahlen im Bremer Landgebiet

Am gestrigen Sonntag fanden in vierzehn Landgemeinden des bremischen Staatsgebietes Gemeindeausschußwahlen statt. Die Wahlbeteiligung war geringer als zur Reichstagswahl am 6. November. Die KPD, die bei den letzten Gemeindeausschußwahlen im November 1929 noch keine Liste aufgestellt hatte, erzielte mit 567 Stimmen 8 Mandate.

Im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 6. November ist das Resultat folgendes:

KPD	**567**	**(634) Stimmen**
SPD	**4160**	**(4307) Stimmen**
NSDAP	**894**	**(1191) Stimmen**

Die übrigen bürgerlichen Parteien erhielten zusammen 2792 Stimmen. Die Nazis haben also auch bei dieser Wahl schwere Verluste erlitten, die seit der Reichstagswahl vom 30. Juli 1932 50 Prozent betragen.

„Beängstigende Zuspitzung der sozialen Kämpfe"

Die Kapitalistenpresse jammert über die rote Einheitsfrontaktion

Bezeichnend für die Angst der Bourgeoisie vor der wachsenden revolutionären Arbeiterbewegung ist die Stellungnahme des Zentrumsblattes Germania vom 25. November, wo es heißt:

„Die vom Reichspräsidenten zu berufende neue Regierung ... Von ihr muß, wenn wir überhaupt einen Schritt vorwärts kommen wollen, die Wirkung einer politischen Entspannung ausgehen. Das leuchtet jedem ein, der mit schweren Sorgen sieht, wie die politischen Gegensätze in unserem Volke sich in den vergangenen Monaten gerade in unerträgliche verschärft haben ... Die sozialen Kämpfe haben in dieser Zeit eine fast beängstigende Zuspitzung erfahren, deren Gefahren an der Aufwärtskurve der kommunistischen Bewegung deutlich abzulesen und auch in der fortschreitenden Radikalisierung des Nationalsozialismus zu erkennen sind.

... Es gibt kein Zurück in einen früheren Zustand. Man würde der politischen Duldungsfähigkeit des deutschen Volkes, die gewiß sehr groß ist, wahrhaftig viel zumuten, wenn man der Meinung sein sollte, daß die Entwicklung der letzten Monate einfach in unveränderten Bahnen fortzusetzen wäre. Das wird auch, wie aus manchen Aeußerungen der letzten Tage hervorgeht, in weiten Kreisen der Rechten begriffen. Selbst in diesen Kreisen, die den Weg des Kabinetts Papen voll und ganz gebilligt haben, verschließt man sich heute nicht der Notwendigkeit, daß die Führung der Reichspolitik einer Regierung anvertraut werden muß, die nicht mit dem leidenschaftlichen Streit der letzten Monate belastet ist. **Etwas Neues** muß kommen, weil nur dieses Neue die Basis einer politischen Konzentration sein kann."

Das Zentrum ist also für ein Präsidialkabinett, aber nicht mit Papen („kein Zurück"), sondern mit einer anderen Person. Die Germania fürchtet die „Aufwärtskurve der kommunistischen Bewegung" und will vermeiden, daß die radikalisierten bisher nationalsozialistischen Arbeiter (das gleiche gilt für die radikalisierten SPD-Arbeiter) ihren Parteien den Rücken kehren und sich in die proletarische Einheitsfront einreihen. Zur weiteren Durchführung des Diktaturkurses wünscht die Germania, daß das Präsidialkabinett sich auf die „Basis einer politischen Konzentration", also direkter und offener als das Papenkabinett auf die bürgerlichen Parteien mit Massenanhang stützt, um so hofft so die Massen vom Kampf gegen Hunger und Faschismus eher abhalten zu können.

Eine Hoffnung, die sich dank der KPD und ihrer Einheitsfrontaktion nicht erfüllen wird!

Die „beängstigende Zuspitzung der sozialen Kämpfe" wird noch beängstigender für die Bourgeoisie! Alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, alle Werktätigen in Stadt und Land, hinein in die Einheitsfrontaktion, die die KPD formiert zur Entfaltung der siegreichen Offensive gegen die Verschärfung der faschistischen Diktatur.

KPD in Geesthacht die stärkste Partei

Hamburg, 28. November. (Eig. Drahtbericht)

In Geesthacht fanden gestern Gemeindewahlen statt. Bei geringerer Wahlbeteiligung als am 6. 11. zur Reichstagswahl erhielten Stimmen:

	6. 11.	
KPD	1067 Stimmen	(1289)
SPD	681 Stimmen	(856)
Nazis	689 Stimmen	(956)
Bürgerl. u. Heimatliste	502 Stimmen	

*

In Solwin (Mark Brandenburg) ergaben die gestrigen Stadtverordnetenwahlen bei geringerer Wahlbeteiligung als zur Reichstagswahl am 6. 11. folgendes Resultat:

KPD	421 Stimmen	(536)
SPD	508 Stimmen	(671)
NSDAP	1374 Stimmen	(1663)
Bürgerliche	859 Stimmen	

Kampf der Fürsorgenotverordnung!

Am 4. November erließ Papen eine neue jugendarbeiterfeindliche Notverordnung, die sich mit den Fürsorgezöglingen beschäftigt und neue, unerhörte Verschlechterungen bringt.

Die Verordnung diktiert das Ende der Fürsorgeerziehung mit dem 19. anstatt wie bisher mit dem 20. Lebensjahr. Sie ermöglicht die fristlose Entlassung aller Jugendlichen zu jeder Zeit und Alter, wenn „der Minderjährige an erheblichen geistigen und seelischen Regelwidrigkeiten leidet". Während für Jugendliche, „zu deren Erziehung die Aufwendung besonderer Mittel bei anderweitiger Unterbringung notwendig" ist, bisher das städtische Jugendamt zuständig war, werden sie **jetzt der konfessionellen staatlichen Jugendfürsorge überwiesen.** Die Städte und Landkreise als Träger des Jugendamtes können also in allen Fällen, wo Minderjährige unterstützungsbedürftig sind, „Verwahrlosung" konstatieren und staatliche Fürsorgeerziehung beantragen.

Hier ist also folgender Plan ausgeheckt:

Die Kommunen entledigen sich der Erwerbslosen oder anderweitig unterstützungsbedürftigen Jugendlichen, indem sie sie als „verwahrlost" der staatlichen Fürsorge überweisen. Und der Staat schmeißt sie dann als „geistig und seelisch regelwidrig" auf die Landstraße.

Die unerhörten Fürsorgeskandale von Scheuen, Templin, Strausberg usw., die viele Jugendliche zum Selbstmord trieben, sind noch in aller Erinnerung. Auch in den sächsischen Fürsorgeanstalten herrschen Zustände, die den Fürsorgezöglingen das Leben zur Hölle machen. Die sächsische Landtagsfraktion der KPD, die sich dauernd um diese Jugendlichen bemüht, hat für die nächste Landtagssitzung folgenden

Antrag für die Fürsorgezöglinge

eingebracht:

„In den letzten Tagen und Wochen sind wieder eine ganze Anzahl von Jungens und Mädels aus den Erziehungsanstalten geflohen.

Die Gründe dafür sind: schlechte Behandlung, lange Arbeitszeit, Abgeschlossenheit von der Außenwelt, ungenügende Freizeit, keine Bücher und Zeitungen zum Lesen.

Wir beantragen daher:

die Bezirksfürsorgeverbände dahingehend anzuweisen:

1. **daß aus der werktätigen Bevölkerung des Ortes der jeweiligen Anstalt ein ständiger Ueberwachungsausschuß, welcher in öffentlicher Einwohnerversammlung zu wählen ist, eingesetzt wird;**
2. **die aufgezeigten Mißstände zu beseitigen und den Jugendlichen kostenlos die Zeitung Junge Garde auszuhändigen;**
3. **alle Zöglinge, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, sofort aus den Anstalten zu entlassen und ihren Angehörigen zuzuführen;**
4. **all den entlassenen Zöglingen ist eine Arbeitsstelle je nach ihrem Beruf bei Tariflohn zu beschaffen. Soweit die Zöglinge keine Arbeit erhalten, ist ihnen die volle Unterstützung zu zahlen.**

Jungarbeiter! Kämpft unter der Führung des Kommunistischen Jugendverbandes für diese Forderungen! Mobilisiert die gesamte Arbeiterjugend zum Kampf gegen die Zuchthaus-„Fürsorge". Nur in einem sozialistischen Deutschland werden auch diese Jugendlichen, die heute in den Fürsorgezuchthäusern verkommen müssen, befreit werden und Arbeit und Brot haben.

Hitler: Komplize der Tributräuber

Er wollte zusammen mit Neurath den Lausanner Tributpakt durchführen!

Mit dem traurigen Mut des Verräters ist Hitler seit jeher bereit, alle seine Versprechungen an die 11 Millionen, die ihn gewählt haben, auf Befehl Hindenburgs über Bord zu werfen. Und nicht nur das! Auch den außenpolitischen Kurs der Tributsklaverei und der Abenteurer- und Rüstungspolitik ist Hitler bereit, mitzumachen.

Ausdrücklich erklärte er in seinem Schreiben an Hindenburg vom 23. November,

„3. ich wer de neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neurath vorschlagen."

Arm in Arm mit Freiherrn von Neurath wollte Hitler ins „Dritte Reich" marschieren.

Arm in Arm mit diesem Verfasser des Rüstungsmemorandums, das dem französischen Imperialismus als Sprungbrett für die Befestigung seiner Vormachtstellung in Europa diente!

Hitler und seine Partei haben damit offen verkündet, daß sie die Garantie für die Eintreibung der Tribute aus dem Schweiß und Hunger des deutschen Arbeitervolkes übernehmen wollen.

Fluchet Schluß mit dem faschistischen Tributvogt Hitler! Folgt dem Kampfruf der Kommunistischen Internationale gegen Versailles und Lausanne, für den Sturz der Imperialisten in allen kapitalistischen Bandenstaaten!

An alle Abonnenten und alle Austräger!

Der Verlag benötigt dringend größere Summen zur Erfüllung seiner laufenden Aufgaben. Wir richten an alle die Abonnenten, die bis heute mit der Bezahlung der Abonnementsquittung nicht auf dem laufenden sind, den Appell, das Abonnement bis Ende November restlos auszugleichen. Unsere Austräger müssen spätestens am Mittwoch, dem 30. November, an den Verlag abrechnen. Wir verweisen hierbei auf die Tatsache, daß eine ganze Anzahl Austräger schon seit einigen Tagen den Monat November restlos ausgeglichen haben. Was in diesen Fällen möglich ist, muß auch bei den anderen Austrägern möglich gemacht werden. Wir richten an unsere Abonnenten die Bitte, den Austräger seine schwierige Arbeit durch pünktliche Zahlung des Abonnementsbetrages zu erleichtern.

Verlag der Arbeiterzeitung.